„lateinischen Erbe“, belegt dann den Wortgebrauch in Europa seit dem ausgehenden 18. Jh. und untersucht sorgfältig das erste Auftauchen und die weitere Verwendung des Begriffes in Rußland. Er erkennt eine Wanderung des Wortes von Frankreich über Deutschland nach Rußland, wo es erstmals um 1860 auftritt. Wichtigstes Ergebnis der Arbeit ist die Feststellung, daß der Begriff „intelligencija“ nicht, wie bisher angenommen, eine „Erfindung“ des Schriftstellers P. Boborykin ist, sondern sich als Lehnwort um 1860 „auf breiter Front“ (S. 390) in der russischen Literatur — einschließlich der Tagespublizistik — durchsetzte.

Der Klarheit des terminologischen Befundes entspricht freilich, wie der Vf. weiter richtig ausführt, eine eigentümliche Unsicherheit in der inhaltlichen Bestimmung des Wortfeldes. Hinsichtlich der sozialen Gliederung, der Bildungsvoraussetzungen und der politischen Verhaltensweise konnten durchaus unterschiedliche Sachverhalte benannt werden; daher läßt sich dann auch die Verwendung zusätzlicher Bestimmungsworte (wie etwa „revolutionäre“, „bürgerliche“ oder „technische“ Intelligenz) in Rußland und in der Sowjetunion erklären. Ähnlich mehrdeutig bleibt der Terminus auch bei seiner späteren „Rückwanderung“ über die Grenzen der Sowjetunion hinaus.

Interessant ist der Hinweis auf den „polnischen Weg“ (S. 16) des Begriffes, der um 1860 innerhalb der Warschauer Opposition eine Rolle spielt, sowie auf das Auftauchen des Schlagwortes im Prager Vormärz. Weiterführende Arbeiten in dieser Richtung könnten die Ergebnisse dieser gelungenen Untersuchung sicherlich noch ergänzen.

Berlin

Klaus Meyer

Reinhard Wittram: Studien zum Selbstverständnis des 1. und 2. Kabinetts der russischen Provisorischen Regierung (März bis Juli 1917). (Abh. der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Phil.-hist. Klasse, 3. Folge, Nr. 78.) Verlag Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1971. 158 S.

Die Vorgänge um den Sturz der Romanovs und um die Konstituierung eines den veränderten politischen Konstellationen Rechnung tragenden neuen Staatswesens in Rußland weisen ebenso auffällige Parallelen wie Andersartigkeiten zur sog. deutschen Revolution des Jahres 1918 auf. Dort wie hier war das überkommene Herrschaftssystem erst im Zuge der militärischen Niederlage während des Ersten Weltkrieges zusammengebrochen, und in Petersburg wie in Berlin bekundeten die eilends institutionalisierten Übergangsregierungen, wie unvorbereitet und damit auch unfähig sie waren, schnell und entschlossen in den Trümmern der Monarchie nach einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsform zu suchen. Dies mag in dem Umstand begründet gewesen sein, daß sich sowohl die russische Provisorische Regierung als auch der Rat der Volksbeauftragten in Deutschland personell aus den Parlamenten des alten Regimes rekrutiert hatten. Dennoch wiesen beide gravierende strukturelle Unterschiede auf: während das Berliner Regierungsorgan, zumindest im Verständnis der USPD, als Keimzelle einer Rätebewegung galt, letztlich jedoch den Weg in eine parlamentarische Demokratie beschritt, blieb das Petersburger Kabinett lediglich eine episodenhafte Erscheinung im politischen Entwicklungsprozeß auf die bolschewistische Sovetherrschaft hin.

Dieser Interimscharakter mag dazu beigetragen haben, daß sich die Geschichtswissenschaft den genannten Regierungen erst sehr spät zugewandt hat, und Reinhard Wittram zeichnete als erster in markanten Zügen Profil und politischen Kurs der russischen Provisorischen Regierung (2 Kabinette) unter

dem Fürsten G. E. L'vov nach. Das revolutionäre Ministerium vom 1./2. März 1917 war dem — im weitesten Sinne — bürgerlichen Dumakomitee entwachsen, doch gründete es seine Macht auf das die städtische Bevölkerung repräsentierende Exekutivkomitee des Sovets, woraus W. den Schluß zieht, daß die Februar-Revolution nicht als die Tat weniger entschlossener Politiker und Intellektueller, sondern als „ein durch elementare Notstände bewirkter Aufstand breiter Bevölkerungsschichten“ (S. 13) anzusehen ist. Diese Provisorische Regierung, die eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und eine Dezentralisierung unter Wahrung der staatlichen Rechtseinheit anstrebte, stand mithin von Anbeginn ihres Wirkens unter der Kontrolle, zumindest unter erheblichem Druck von Kräften, denen die sog. bürgerliche Revolution nicht das politische Endziel bedeutete.

In dieser programmatischen Divergenz lag eine der Ursachen des Scheiterns der Provisorischen Regierung begründet, obgleich es dem Ministerpräsidenten nicht an dem Willen zu einschneidenden Veränderungen in Politik und Gesellschaft gefehlt hat. Dafür spricht seine Bereitschaft zur Koalition mit den sozialistischen Parteien — mit Ausnahme der sich sperrenden Bol'seviki — im 2. Kabinett L'vov, durch die eine tiefgreifende Umgestaltung Rußlands, ungeachtet bestehender Differenzen, behutsam hätte erfolgen können. Für eine solche „Schritt für-Schritt-Politik“, so meint Wittram, war aber „die durch den Krieg verursachte Krise . . . zu weit vorgeschritten“, hatte „der Zusammenbruch . . . zu große Ausmaße angenommen“ (S. 64). Die prekäre sozial-ökonomische Situation und die sich schnell zuspitzende Nationalitätenfrage (von Deutschland unterstützte Selbständigkeitsbewegungen, Proklamation des Selbstbestimmungsrechts der russischen Nationalitäten — bis zur Loslösung vom Gesamtstaat — durch die Bol'seviki) verlangten radikale Maßnahmen und vor allem Rußlands Ausscheiden aus dem Krieg. Aber die Kabinette L'vov und die folgende Regierung Kerenskij erwiesen sich als nicht willens, einen Frieden herbeizuführen, und damit unfähig, die fällige Reorganisation und Reform des Staatswesens, auch im territorialen Bereich, durchzuführen, wie dies Wittram am Beispiel der Haltung gegenüber den Ostseeprovinzen nachzuweisen sucht:

Beim Ausbruch der Februar-Revolution befanden sich von den drei Ostseegouvernements nur noch Estland und Livland in russischer Hand, während Kurland seit dem Sommer 1915 zum deutschen Besatzungsgebiet zählte. Im Baltikum hatte das Nationalitätenproblem seine besondere Ausprägung erfahren durch das Drängen der bislang führenden deutschstämmigen Oberschicht auf einen — wie auch immer gearteten — Anschluß an das Deutsche Reich einerseits und durch die diesem Streben entgegenstehenden Bemühungen der Letten und Esten um nationale Selbstbestimmung andererseits. Hatte man sich zunächst mit der Forderung nach politischer Autonomie innerhalb eines großrussischen Reiches begnügt, so mehrten sich seit dem Frühsommer des Jahres 1917 die separatistischen Stimmen. Angesichts dieses politischen Faktums sah sich die Provisorische Regierung in Petersburg zu politischen Zugeständnissen gezwungen, die sich allerdings in bescheidenem Rahmen hielten. W. weist auf die ersten Dezentralisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen L'vovs hin, die sich insbesondere im Einwirken auf die estnischen und lettischen Duma-Abgeordneten offenbarten, als Preis für die Gewährung nationaler Selbstbestimmung ihrer Völker das Verbleiben im Rahmen des russischen Gesamtstaatsverbandes zu akzeptieren. Als Zeichen des guten Willens ersetzte die Provisorische Regierung die bisherigen russischen Gouverneure in Livland und

Estland durch Gouverneurs-Kommissare estnischer und lettischer Nationalität. Darüber hinaus aber, so urteilt W., habe die Petersburger Regierung alles vermieden, „was auf eine Autonomie von Ländern und Nationalitäten hindrängte“ (S. 75), um die Nationalitätenfrage als geschlossenen Komplex in die Verantwortlichkeit der einzuberufenden Verfassungsgebenden Nationalversammlung einzubringen. Das von Esten und Letten bezüglich der Selbstbestimmung effektiv Erreichte war dann auch wenig genug. Immerhin gelang die Zusammenfassung des überwiegend estnisch besiedelten Territoriums zu einer ethnisch bestimmten Verwaltungseinheit, die als Vorstufe der späteren Staatsbildung zu bezeichnen ist. Ähnliche Wünsche der Letten in Richtung auf eine Verwaltungseinheit von Livland und Lettgallen blieben hingegen unerfüllt.

Die Nationalitätenpolitik der russischen Provisorischen Regierung ist nach W. gekennzeichnet durch den Dualismus von nationalrussischem Einheitswillen und dem Respekt vor dem demokratischen Postulat nationaler Willenskundgebung und Selbstbestimmung, ein Problem, dem weder die Kabinette L'vov noch die Regierung Kerenskij gewachsen waren.

W. weist letztlich auf eine Reihe endogener Faktoren hin, durch die die Kabinette L'vov der Machtübernahme durch die Bol'seviki entscheidenden Vorschub leisteten: so hatte es L'vov versäumt, die Bevölkerungsmehrheit Rußlands, nämlich das Bauerntum, durch einen Politiker im 1. Kabinett repräsentant zu machen, ein Versäumnis, das auch durch eine spätere Kabinettsumbildung in seiner praktisch-politischen und psychologischen Wirkung nicht mehr gutzumachen war. Auch die während des Krieges stark angewachsene Industriearbeiterschaft wurde durch die unterlassene Ernennung eines Arbeitsministers vor den Kopf gestoßen. Als seine Bestallung im 2. Ministerium des Mai 1917 aus den Reihen der Sozialisten endlich erfolgte, verhinderte das fehlende Sozialprogramm eine erfolgreiche Sozial- und Arbeitspolitik.

Ferner macht W. auf die mangelnde Regierungserfahrung der russischen Provisorischen Regierung aufmerksam, so daß diese — im Unterschied zum Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat — das durch den Zusammenbruch des Zarentums entstandene Machtvakuum nicht auszufüllen wußte, was zu der bekannten Doppelherrschaft von Regierung und Sovet führte.

Als schweren Fehler bezeichnet W. letztlich die administrativen Maßnahmen der Kabinette L'vov, denen zufolge das alte Verwaltungssystem teilweise ersatzlos aufgehoben und auch der überkommene Polizeiapparat liquidiert wurde. Der gute Vorsatz, die Symbole einer zentralistischen Staatslenkung und -verwaltung durch regionale Selbstverwaltungskörperschaften zu ersetzen, führte in der Praxis zu einer Häufung von administrativen Fehlleistungen, die den Raum schufen, in dem die Bol'seviki erfolgreich wirken konnten.

Freiburg i. Br.

Hans-Erich Volkmann

Sowjetunion. Außenpolitik. Bd I. 1917—1955. Unt. Mitarb. von Heinz Brahm, Wolfgang Eichwede, Fritz T. Epstein, Andreas Hillgruber, Jörg K. Hoensch, Hans-Adolf Jacobsen, Peer Lange, Gerd Linde, Boris Meissner und Bernhard Schalhorn. Hrsg. von Dietrich Geyer. (Osteuropa-Handbuch.) Böhlau Verlag. Köln, Wien 1972. XI, 618 S.

Unter dem Titel „Sowjetunion“ der von Werner Markert begründeten Reihe des Osteuropa-Handbuches erschienen bisher die Bände „Das Wirtschaftssystem“ (1965)¹ und der dokumentarisch angelegte Band „Verträge und

1) Besprochen von Herbert Schlenger, in: ZfO 26 (1967), S. 770 f.